

# Staatliche Selbstverwaltung SEIBEL Rudolf

analog UN Resolution A/RES/56/83 und ICCPR Art. 1(1) Natürliche Person analog BGB (§1)

Telefon: 0049 (0)6246- 905004 (Fax: - 905005)  
E-Mail: info@deuww.de

Oberdorfstr. 76  
67580 Hamm am Rhein  
Deutschland

## Für die Wahrheit! – Für Recht und Ordnung!

Am 31.05.2010 habe ich die folgende Glaubens- und Wissensgemeinschaft gegründet:

### „GEZ ohne Rechtsgrundlagen in der BRD“

Diese Glaubensgemeinschaft gilt uneingeschränkt bis zu dem Zeitpunkt, an dem gemäß derzeit gültigem Recht und Gesetz, mein Glaube an die von mir vorgebrachten Offenkundigkeiten und Behauptungen, zweifelsfrei als Irrglaube widerlegt wurde!

Wir alle - die wir dieser Glaubensbewegung beitreten - sind unter entsprechenden Voraussetzungen zahlungswillig, sobald unser Glaube zweifelsfrei als Irrglaube widerlegt wurde.

Für die Rechtsabteilung der GEZ sollte es ein Leichtes sein, die Rechtmäßigkeit und Rechtsgültigkeit des Gebühreneinzugs, juristisch eindeutig und einwandfrei - schriftlich - zu beweisen.

Zu dieser Gründung kam es, weil uns die GEZ seit vielen Jahren mit ihren ungültigen „Entwürfen“ nervt und belästigt – ohne ihre rechtliche Legitimation – nach derzeit geltendem Recht und Gesetz zu beweisen – oder jemals bewiesen zu haben. Selbst der tote Bruder eines Freundes ist von diesen Belästigungen betroffen.

Verständlicherweise können Menschen welche dieser Glaubensgemeinschaft beigetreten sind – und diesen Glauben auch vertreten – bis zu dessen Widerlegung - keine Gebühren mehr bezahlen, da - ihrem Glauben entsprechend - sämtliche Rechtsgrundlagen für diesen Gebühreneinzug durch die GEZ fehlen.

Wir glauben daran, dass die GEZ keine Behörde, sondern eine Firma ist!

Wir glauben daran, dass wir vorab kein Gericht benötigen, da die GEZ in der Beweispflicht ist! Unser Glaube wird gestärkt durch Urteil: (VG Hamburg mit Urteil vom 22.06.04 – 8 K 2332 /03 ).

Wie glauben daran, dass es eine Frechheit und Unverschämtheit ist, ohne entsprechende Beweise erbracht zu haben, von redlichen Bürgern Gebühren zu erpressen, und sie zu nötigen, ihr Recht vor Gericht einzufordern – wohlwissend, dass es in der BRD überhaupt keine Staatsgerichte mehr gibt – respektive geben kann!

Dies ist vergleichbar damit, dass z.B. Ihr Bäcker Ihnen eine ungerechtfertigte Forderung über 500 € zustellen würde, und Sie gezwungen werden zu zahlen oder auf Ihre Kosten vor Gericht zu gehen – wohlwissend, dass Sie in der BRD überhaupt kein Recht bekommen können und werden.

Nochmals:

**Für die Rechtsabteilung der GEZ sollte es ein Leichtes sein, die nachfolgenden Argumente zu entkräften – und dies auch schriftlich zu beweisen!**

**Sollte auch nur eine der nachfolgenden offenkundigen Tatsachen nicht juristisch stimmig sein, ist dies juristisch nachzuweisen und schriftlich zu erläutern:**

**Punkt 1:**

Sofern man der dieser Glaubensgemeinschaft beigetretenen Person einen gültigen Personalausweis oder Reisepass der BRD ausgestellt hat, ist diese unzweifelhaft Bürger/in des Staates Deutsches Reich gemäß § 1 RuStAG, sofern die entspr. Voraussetzungen gemäß § 1 RuStAG erfüllt sind!

Beweis: RGBL. 583 vom 22.7.1913

**Punkt 2:**

Das Deutsche Reich ist nach wie vor existent und ist voll rechtfähig...

Beweis: Das sog. „Urteil“ des „Bundesverfassungsgerichtes“ (BverfGE 2,266(277);3,288(319ff);5,85(126);6,309(336,363); (BverfGE 1, 351(362ff, 367))

**Punkt 3:**

Das Deutsche Reich ist nicht das 3. Reich

**Punkt 4:**

Die BRD ist nicht Deutschland und auch nicht identisch damit

**Punkt 5:**

Die sog. „BRD“ ist seit Gründung 1949 nur ein Verwaltungskonstrukt der Alliierten und das sog. „Grundgesetz für die sog. BRD“ ist niemals in Kraft getreten, da keine Volksabstimmung, wie von den Alliierten verlangt, statt gefunden hat.

Beweis: Genehmigungsschreiben der Alliierten an den sog. Parlamentarischen Rat vom 12. Mai 1949

**Punkt 6:**

Die sog. „BRD“ beschränkt ihre staatliche Hoheitsgewalt auf den Geltungsbereich des Grundgesetzes! Dieser wurde spätestens seit dem 29.9.1990 aufgehoben. Folglich gibt es keine rechtliche Grundlage für Ihr Handeln mehr!

**Punkt 7:**

Wie der GEZ bekannt ist, handelt sie ohne jegliche Rechtgrundlage, da die sog. „BRD“ mindestens seit dem 17.7.1990 recht- und handlungsunfähig geworden ist.

Beweis: Aufhebung des Art. 23 GG a. F. für die sog. „BRD“ am 17.7.1990 i.V.m. BGBl. 1990 II Seite 885, 889ff, sowie die Frankfurter Dokumente v. 1.7.1948 Nr. I, II, III i.V.m. 2 BvF 1/73 Gründe B III Abs.1:

**Punkt 8:**

Der sog. 2+4 Vertrag ist nicht rechtmäßig in Kraft getreten, da dieser nach dem 29.9.1990 angeblich in Kraft getreten sein soll (15.3.1991).

Beweis: 2+4 Vertrag vom 12.9.1990 BGBl. 1990 II S. 1318ff)

**Punkt 9:**

Die sog. Wiedervereinigung Deutschlands am 3.10.1990 lag auch hinter dem 29.9.1990 und ist somit genauso rechtunwirksam, denn man kann sich mit nichts wieder vereinen, das es juristisch nicht gibt, da der Geltungsbereich des GG bereits am 29.09.1990 aufgehoben worden ist.

**Punkt 10:**

In der BRD gibt es keine Staatsgerichte!

**Punkt 11:**

Sog. „Gerichte“ bzw. die „Staatsanwaltschaften“ ignorieren alle allgemein anerkannten völkerrechtlichen Tatsachen und Regeln gemäß dem Völkerrecht Art. 34, Art.35; Art.42 und verstoßen somit gegen dieses.

Beweis: Menschenrechte des EUGH

**Punkt 12:**

Gleichzeitig missachten diese „Gerichte“ bzw. die „Staatsanwaltschaften“ die Tatsachen und Fakten des Internationalen Paktes über bürgerliche Rechte Art. 11 vom 19.Dezember 1966.

Beweis: IP 66 vom 19.Dezember 1966

## **Zusammenfassung:**

Mit dem 2. Bundesbereinigungsgesetz vom 23.11.2007, wird im Artikel 4 (Gesetz zur Bereinigung des Besatzungsrechts) das Besatzungsrecht wieder vollständig hergestellt. Damit ist das deutsche Recht in der BRD für die BRD durch die Militärregierung außer Kraft gesetzt oder aufgehoben worden.

Das 1. Bundesbereinigungsgesetz vom 19.04.2006 bestimmt u.a. in Artikel 14, dass der § 1 (Geltungsbereich) des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz der BRD (EGGVG) aufgehoben und ersatzlos gestrichen wurde. Mit der Aufhebung des Geltungsbereiches des EGGVG ist damit das betreffende Gesetz selbst (Gerichtsverfassungsgesetz), sowie die entsprechenden Paragraphen im Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung (EGZPO), dem Einführungsgesetz zur Strafprozessordnung (EGStPO) und den §§ 2, 3, und 5 des Ordnungswidrigkeitengesetzes (OwiG), welche die Arbeit der ordentlichen Gerichte und anderer Organe mit hoheitlichen Aufgaben und Befugnissen regeln, suspendiert und nicht mehr anwendbar, da niemand mehr feststellen kann, wo diese Gesetze eigentlich noch gelten.

Dem 2. Bundesbereinigungsgesetz vom 23.11.2007 (Gesetz zur Bereinigung des Besatzungsrechts) ist zu entnehmen, dass das Besatzungsrecht wieder vollständig hergestellt wurde. Das hatte zur Folge, dass gemäß der SHAEF – Proklamation Nr. 1

Punkt II und III, in Verbindung mit dem SHAEF – Gesetz Nr. 1 Artikel II, Punkt 3b und SHAEF – Gesetz Nr. 2 Artikel I Punkt 1a, Artikel III Punkt 5, Artikel IV Punkt 7, Artikel V Punkt 8 und 9 die Amts-, Landes-, Oberlandesgerichte, der Bundesgerichtshof, das Bundesverfassungsgericht sowie alle Richter, Staatsanwälte, Notare, Rechtsanwälte und alle mit hoheitlichen Aufgaben befassten Organe in der BRD für ihre Tätigkeit, ausdrücklich die Genehmigung und Autorisation durch den SHAEF – Gesetzgeber bedürfen – ansonsten wirken sie illegal.

**Damit sind alle ergangenen Bescheide und Urteile rechtunwirksam und können mangels bestehender Staatsaufbaumängel in der BRD nicht vollstreckt werden.**

### **GG Art 25**

Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.

**Der Artikel 20 Satz 2 der Erklärung der Menschenrechte lautet:**

*„Niemand darf gezwungen werden, einer Vereinigung anzugehören.“*

**Aufgrund der vorgenannten Offenkundigkeiten können die Bescheide der GEZ in der „BRD“ zu keinem Zeitpunkt rechtskräftig werden!**

**Die Gesamtheit aller vorgenannten Offenkundigkeiten ist unser Glaubens- und Wissens-Bekenntnis, das von der GEZ als Irrglaube zu widerlegen ist!**

Der Beitritt ist in keinem Falle erforderlich - und der Inhalt meines Glaubensbekenntnisses ist kostenlos und frei verfügbar! Verständlicherweise können als Gemeinschaft jedoch gegebenenfalls bessere Resultate erzielt werden. Ich bitte bei Beitritt um Ihr Verständnis für die Spende - zur Deckung von Aufwand und Unkosten.

Es steht jedem frei, sich dieser Glaubens- und Wissensgemeinschaft anzuschließen. Sofern er dies tun möchte, erhält er gegen die einmalige Überweisung einer Spende in Höhe von 25,00 € pro Person, eine entsprechende Bestätigung von mir.

**Weitere Kosten und Verpflichtungen entstehen nicht!**

Auch meinerseits entstehen durch die Spende keine weiteren Verpflichtungen beliebiger Art.

Die Spende ist unter Angabe von - **SPENDE GLAUBEGEZ** -, sowie unter Benennung von Namen und Anschrift an die nachfolgende Bankverbindung zu richten:

Kontoinhaber:	<b>Rudolf Seibel</b>
Kontonummer:	<b>101 035 9824</b>
Bankleitzahl:	<b>120 300 00</b>
Bank:	<b>DKB Deutsche Kreditbank AG</b>

Ihre Spendenquittung, die Sie nach Zahlungseingang von mir erhalten, ist Ihr Beleg, dass Sie sich der

Glaubens- und Wissensgemeinschaft „GEZ ohne Rechtsgrundlagen in der BRD“  
angeschlossen haben.

Bei Bedarf können Sie der GEZ dann eine Kopie Ihres Belegs zukommen lassen.

[www.deuwww.de](http://www.deuwww.de)

**Beachten Sie bitte, dass eine Spendenquittung nur dann ausgestellt und übermittelt werden kann, wenn alle erforderlichen Adressdaten korrekt angegeben wurden! Senden Sie mir deshalb gegebenenfalls zusätzlich eine Information per E-Mail, dass Sie beigetreten sind - inklusive aller benötigten Daten.**

**Alle von mir getroffenen Äußerungen und Aussagen beinhalten in keinem Falle eine Einlassung auf BRD-Recht (BRD=Anwendung der Rechts-Normen und nicht der Gesetze), und können deshalb auch nicht dementsprechend ausgelegt und angewendet werden.**



**Seibel, Rudolf**

Unterschriften gem. EU – Annex doc 10111/06 und UN Resolution A/RES/56/83